



Rathaus Umschau

Dienstag, 24. November 2020

Ausgabe 226

ru.muenchen.de

Als Newsletter oder Push-Nachricht

unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Kunstarkaden: Online-Ausstellung „Manipulation of Delphi“	3
› MVHS: Offene Akademie präsentiert neues Programmheft	3
Antworten auf Stadtratsanfragen	5
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	
› Portalgesellschaft München legt Berufung gegen muenchen.de -Urteil ein	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 25. November, 19 Uhr, online unter www.muenchen.de/gst

Live-Stream der zentralen Veranstaltung der Münchner Aktionswochen gegen Gewalt an Frauen, Mädchen, Jungen und nonbinären Menschen mit dem Thema „Strategien gegen Antifeminismus und Frauen*hass“. Bürgermeisterin Katrin Habenschaden hält ein Grußwort. Nicole Lassal, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München, und Sibylle Stotz vom Verein Frauen helfen Frauen moderieren. Über ein interaktives Modul können während der Veranstaltung Fragen gestellt werden.

Der Livestream und ausführliche Informationen finden sich auf der Seite www.muenchen.de/gst unter der Rubrik „Internationaler Tag gegen Gewalt“.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 1. Dezember, 19 Uhr, Bürgersaal Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost, Züricher Straße 35 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt. Weil zur Minimierung eines Corona-Ansteckungsrisikos die Abstände zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingehalten werden müssen, stehen unter Umständen nur wenige Plätze für Besucherinnen und Besucher zur Verfügung.

Dienstag, 1. Dezember, 19 Uhr, Turnhalle, Anne-Frank-Realschule, Bäckerstraße 58, Zugang nur über Salbauerstraße (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing-Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt. Weil zur Minimierung eines Corona-Ansteckungsrisikos die Abstände zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingehalten werden müssen, stehen unter Umständen nur wenige Plätze für Besucherinnen und Besucher zur Verfügung.

Meldungen

Kunstarkaden: Online-Ausstellung „Manipulation of Delphi“

(24.11.2020) Die Kunstarkaden, der städtische Ausstellungsraum in der Sparkassenstraße 3, zeigen wegen des aktuellen Teil-Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie die neue Ausstellung „Manipulation of Delphi“ online unter www.muenchen.de/kunstarkaden und unter dem Link www.facebook.com/kunstarkaden. In der Gruppenausstellung sind ab Mittwoch, 5. November, bis 23. Januar Werke von Christian Engelmann, Julia Klemm und Magdalena Waller zu sehen.

Angelehnt an das Orakel der antiken Weissagungsstätte bezeichnet „Manipulation of Delphi“ die potentielle Abweichung jeder Schätzmethode, die zukünftige Entwicklungen voraussagen. Auch die Wechselbeziehung der drei unterschiedlichen künstlerischen Positionen bleibt spekulativ. Magdalena Waller reflektiert mit ihrer Malerei die gegenwärtige Situation – das Leben in einer Pandemie. Julia Klemm bildet aus gesammelten massenproduzierten Keramik- und Porzellanfiguren neue Assemblage-Figuren. Und Christian Engelmanns bringt mit seinen raumbezogenen großformatigen Werken politisch und sozialkritische Hintergründe auf humorvolle, überraschende oder doppeldeutige Weise zum Vorschein.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/kunstarkaden.

MVHS: Offene Akademie präsentiert neues Programmheft

(24.11.2020) Die Offene Akademie der Münchner Volkshochschule bietet auch während der Pandemie die Gelegenheit zum Diskurs über aktuelle Zeitfragen – sowohl im Präsenzformat als auch online. Aktuell ist das neue Programmheft für Dezember bis Februar erschienen. Dieses ist erhältlich in den Einrichtungen der MVHS, in allen Stadtbibliotheken sowie in anderen Münchner Kultureinrichtungen. Natürlich ist das Programm auch online zu finden, und zwar unter www.mvhs.de/offene-akademie. Eines der Schwerpunktthemen sind die Auswirkungen der Digitalisierung.

Einige Highlights aus dem Programm „Connected. Leben in digitalen Welten“ in den kommenden Wochen:

- Literatur im Netz – Schreiben im 21. Jahrhundert: Thomas Lang stellt seinen Roman „Freinacht“ vor, der zusammen mit einer Netzcommunity entstanden ist (20. Januar).
- „Ist das intelligent oder kann das weg?“ Stand-up-Science über Künstliche Intelligenz mit dem KI-Experten und Slammer Jaromir Konecny (21. Januar)
- Bürgerbeteiligung digital – wie will die Stadt München die Digitalisierung für mehr Information und Partizipation einsetzen? (8. Februar)



- Senior digitalis. Ein interdisziplinäres Podium diskutiert Chancen und Herausforderungen für Ältere in der digitalen Welt (12. Februar).

Außerdem stehen zwei Abende mit Harald Lesch auf dem Programm. Unter dem Motto „Wir irren uns empor“ stellt er die Rolle der Wissenschaft für den Klimaschutz vor (10. Dezember). Am 23. Februar spricht Lesch über die „Diktatur der Digitalisierung“. Beide Abende sind noch als Livestream buchbar.

Achtung Redaktionen: Bei Interesse an den Veranstaltungen können Pressekarten reserviert oder der Online-Zugang freigeschaltet werden. Fragen dazu an Susanne Lößl, Leitung der Pressestelle der MVHS, Telefon 48006-6188 oder per E-Mail an susanne.loessl@mvhs.de.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 24. November 2020

Wir handeln gegen Armut – Münchner Armutskonferenz auf den Weg bringen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Roland Hefter, Anne Hübner, Christian Köning, Barbara Likus, Lars Mentrup, Christian Müller, Cumali Naz, Micky Wengatz (SPD/Volt-Fraktion) und Anja Berger, Dr. Hannah Gerstenkorn, Nimet Gökmenoglu, Sofie Langmeier, Marion Lüttig, Clara Nitsche, Bernd Schreyer, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) vom 10.7.2020

Wir handeln gegen Armut – Münchner Armutskonferenz auf den Weg bringen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Roland Hefter, Anne Hübner, Christian Köning, Barbara Likus, Lars Mentrup, Christian Müller, Cumali Naz, Micky Wennigatz (SPD/Volt-Fraktion) und Anja Berger, Dr. Hannah Gerstenkorn, Nimet Gökmenoglu, Sofie Langmeier, Marion Lüttig, Clara Nitsche, Bernd Schreyer, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) vom 10.7.2020

Antwort Sozialreferat:

Sie beantragen, regelmäßig eine Münchner Armutskonferenz durchzuführen. Die erste Konferenz in dieser Reihe soll im Jahr 2020 stattfinden.

Das Sozialreferat hat bereits – der Intention Ihres Antrags entsprechend – Vorbereitungen für eine Münchner Armutskonferenz getätigt. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

In der Sitzung der Vollversammlung des Stadtrats vom 27.11.2019 wurde der Vorschlag des Sozialreferats, im 4. Quartal 2020 eine Armutskonferenz durchzuführen, zustimmend zur Kenntnis genommen; die hierfür notwendigen Sachkosten in Höhe von 120.000 Euro wurden genehmigt. Im Rahmen der Vorbereitung dieser Konferenz zusammen mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege und beteiligten Dienststellen der Stadtverwaltung wurde deutlich, dass es eine große Vielfalt an Themen und Zielgruppen gibt, die im Rahmen einer Armutskonferenz bearbeitet werden sollen. Es bestand weitgehender Konsens, dass diese Themen nur in einer Reihe von Konferenzen adäquat behandelt werden können, und es wurden konkrete Planungen für die Gestaltung einer derartigen Reihe besprochen.

Ich stimme mit der im Antrag formulierten Einschätzung überein, dass Armut in München trotz zahlreicher Maßnahmen der Landeshauptstadt München, der freien Träger der Wohlfahrtspflege und anderer Akteur*innen immer noch ein relevantes Problem ist.

Wie im Antrag formuliert, muss es das Ziel sein, die Situation der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen zu verbessern und ihnen ein Leben in Würde und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Um mit dieser Zielrichtung wirksame Maßnahmen der Armutsbekämpfung zu entwickeln und auf den Weg zu bringen, halte ich die Durchführung von Armutskonferenzen für den richtigen Weg.

Im Antrag sind die Personengruppen genannt, die besonders stark von Armut betroffen sind und die im Fokus der Konferenzen stehen sollten, u.a. Alleinerziehende, Flüchtlinge und Menschen, die aufgrund fehlender Perspektiven in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen, sowie Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen bittet in ihrer Stellungnahme darum, auf das besonders hohe Armutsrisiko Alleinerziehender hinzuweisen und regt an, die hierfür verantwortlichen gesellschaftlichen Strukturen zeitnah zu beleuchten.

Die Gesamtstädtische Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement regt an, darüber zu diskutieren, wo die Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements von Armut betroffener Menschen sind: Wie können sie dabei unterstützt werden, sich bürgerschaftlich zu engagieren, um damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben und durch das Arbeiten im Team auch selbst Unterstützung erhalten zu können? Andererseits müsse deutlich gemacht werden, dass Bürgerschaftliches Engagement nicht als kostengünstiger Ersatz hauptberuflicher Arbeit ausgenutzt werden darf.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt weist überdies darauf hin, dass Armut mit einem erhöhten gesundheitlichen Risiko einhergehe. So sei beispielsweise die Morbidität und Mortalität von Menschen, die in Armut leben, deutlich erhöht. Generell bestünden enge Wechselwirkungen zwischen Armut und Gesundheits- sowie Umweltrisiken. Diese Themenfelder sollten in zukünftigen Armutskonferenzen ebenfalls aufgegriffen werden.

Das Sozialreferat wird die Anregungen der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Gesamtstädtischen Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement und des Referats für Gesundheit und Umwelt bei der Planung der zukünftigen Armutskonferenzen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist es denkbar, dass die oben genannten Themen eigene Schwerpunkte bilden oder als Querschnittsthemen bei anderen Schwerpunkten mitberücksichtigt werden.

Die erste Armutskonferenz war bereits für den November 2020 geplant. Wegen der mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen kann die Konferenz jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden. Als Ersatztermin ist der 19. Mai 2021 vorgesehen.

In der „Planungsgruppe München gegen Armut“, an der Vertreter*innen der Träger der freien Wohlfahrtspflege und verschiedener Dienststellen der Stadtverwaltung teilnehmen, wurde vereinbart, dass das Thema dieser Konferenz „Regelsatz und Niedrigeinkommen“ sein soll.

In diesem Zusammenhang werden insbesondere die Probleme bei der Ermittlung des Regelbedarfs und die damit einhergehenden Restriktionen für die leistungsbeziehenden Haushalte thematisiert. Es sollen darüber hinaus Alternativen diskutiert und auch die im Antrag angesprochenen Handlungsmöglichkeiten Münchens in Bezug auf die Gestaltung des Regelsatzes angesichts der gesetzgeberischen Kompetenzen des Bundes ausgelotet werden. Eingeladen werden die auch im Antrag benannten Akteur*innen: Mitglieder des Stadtrats, Vertreter*innen der freien Wohlfahrtspflege und der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler*innen sowie Vertreter*innen der Verwaltung.

Überdies ist für 2021 eine weitere Konferenz mit dem Schwerpunkt „Junge Menschen“ geplant. Im Rahmen dieser Konferenz sollen die besonderen Bedarfe von Armut betroffener Jugendlicher und junger Erwachsener behandelt werden, wobei sichergestellt werden soll, dass diese selbst auf der Konferenz zu Wort kommen und ihre Perspektive einbringen können.

Die Ergebnisse der Konferenzen werden dokumentiert und in der „Planungsgruppe München gegen Armut“ besprochen. Dort werden auch die entsprechenden Konsequenzen für die Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene diskutiert, mit dem Ziel, konkrete Handlungsvorschläge zu formulieren, die dem Stadtrat vorgestellt werden.

Im Antrag wird angeregt, dass die Armutskonferenzen jährlich stattfinden. Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Konferenzen sind mit erheblichem Personal- und Finanzaufwand verbunden. Angesichts der auf absehbare Zeit schwierigen Haushaltssituation halte ich einen einjährigen Rhythmus bereits unter finanziellen Aspekten für derzeit nicht darstellbar. Für eine Armutskonferenz in einer Größenordnung von ca. 150 Personen gehe ich von Kosten in Höhe von ca. 40.000 bis 50.000 Euro aus, die für Referent*innen, Moderation, Saalmiete und technisches Equipment sowie Veranstaltungsmanagement anfallen.

Angesichts der Wichtigkeit des Themas wird das Sozialreferat die Münchner Armutskonferenzen ab 2021 in einem zweijährigen Turnus durchführen. Da keine zusätzlichen Personalkapazitäten zur Verfügung gestellt werden können, schlage ich einen gleichbleibenden Rahmen für die Armutskon-



ferenz mit einem jeweils aktuellen Thema, Fachreferaten, ggfs. Podiumsdiskussion vor. Eine umfassenden Nachbereitung bzw. Dokumentation im bisherigen Umfang ist dagegen mit dem vorhandenen Personalkapazitäten so nicht mehr leistbar.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein.
Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 24. November 2020

Die LGBTIQ*-Arbeit im Bildungsbereich stärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Beppo Brem, Dr. Hannah Gerstenkorn, Dominik Krause, Marion Lüttig, Thomas Niederbühl, Florian Schönemann (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Barbara Likus, Cumali Naz, Lena Odell, Julia Schönfeld-Knor, Felix Sproll, Christian Vorländer, Micky Wengatz (SPD/Volt-Fraktion)

Bericht zum 3. Geschlechtseintrag in der Landeshauptstadt München

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beppo Brem, Marion Lüttig, Thomas Niederbühl (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Christian Vorländer, Micky Wengatz (SPD/Volt-Fraktion)

House of Food: Konzeptentwicklung durch Bio-Stadt München

Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Judith Greif, Dominik Krause, Clara Nitsche, Julia Post, Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Anne Hübner, Lars Mentrup, Dr. Julia Schmitt-Thiel, Andreas Schuster, Felix Sproll (SPD/Volt-Fraktion)

IT-Sicherheit priorisieren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Leo Agerer, Sabine Bär, Hans Hammer und Thomas Schmid (CSU-Fraktion)

Lieferverkehr in der Fraunhoferstraße – Entlastung durch Freigabe des Radwegs

Antrag Stadträte Hans Hammer und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion)

Studie: Wie breit sollen Radwege sein? – Wissenschaftliche Erkenntnis statt Bauchgefühl

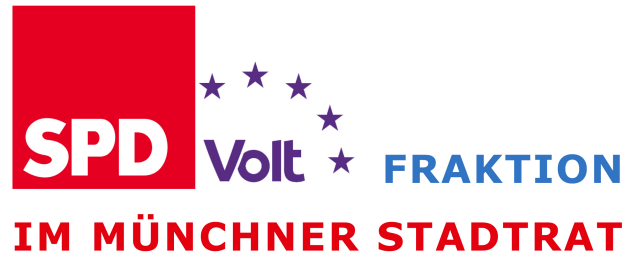
Antrag Stadtrat Hans Hammer (CSU-Fraktion)

„Sicherer Hafen“ für Frauen in München – Gemeinsam mit Clubs und Bars gegen Gewalt an Frauen

Antrag Stadtrat Rudolf Schabl (Fraktion ÖDP/FW)

**Golfplatz Hinterbrühl/Thalkirchen in das FFH-Gebiet
Oberes Isartal einbeziehen – Pachtvertrag mit dem
Münchner Golfclub (MGC) zum 31.12.2024 beenden!**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan
Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE./
Die PARTEI Stadtratsfraktion)



München, den 24.11.2020

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Die LGBTIQ*-Arbeit im Bildungsbereich stärken

Antrag

1. In der Referatsleitung des Referats für Bildung und Sport wird eine Stelle zur Koordination der Aktivitäten zur Gleichstellung von LGBTIQ* eingerichtet.
2. Im Referat für Bildung und Sport wird in der Abteilung KITA eine halbe Stelle für die Konzeptionierung und Durchführung von Aktivitäten zur Gleichstellung von LGBTIQ* in den Kindertagesstätten zugeschaltet.

Begründung:

Zu 1:

Das Referat für Bildung und Sport ist das größte der städtischen Referate und sorgt dafür, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Bildungs- und Sporteinrichtungen optimale Bedingungen finden. Allerdings finden die Bedürfnisse und Belange der Zielgruppe LGBTIQ* noch zu wenig Berücksichtigung in Schule und Sport. Die letzte Schulklimabefragung hat ergeben, dass Münchner Schüler*innen eine mangelnde Akzeptanz der eigenen sexuellen Orientierung sowie der geschlechtlichen Identität kritisieren.

Wir möchten die Arbeit in diesem Bereich bündeln und eine zentrale Ansprechstelle in der Referatsleitung einrichten, die Angebote konzipiert, Informationen weitergibt, über bestehende Angebote informiert, Best-Practice-Beispiele kennt und Kontakte vermittelt. Hierdurch können Informationen schnell weitergegeben werden und nicht zuletzt die Arbeit vor Ort in den Schulen und im Sportbereich für ein diskriminierungsfreies Miteinander nachhaltig gestärkt werden.

Zu 2:

Als größter Träger von Kindertageseinrichtungen in München ist es der Landeshauptstadt und dem Referat für Bildung und Sport ein wichtiges Anliegen, eine Pädagogik der Offenheit gegenüber allen Menschen – unabhängig von ihrer kulturellen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens, ob mit oder ohne Behinderung – zu leben.

Im Kita-Bereich bedarf es allerdings noch einer Ergänzung um den Aspekt der vielfältigen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Im vorschulischen Bereich sollen etwa auch unterschiedliche Identitäten und auch Familienbilder behandelt werden. Es gibt inzwischen vielfältige Möglichkeiten, in diesem Bereich kindgerechte Angebote zu machen und mit verschiedenen Materialien mit Kindern auf diese Themenkomplexe einzugehen. Auch die pädagogischen Fachkräfte sollten entsprechend in ihrer Arbeit unterstützt und fortgebildet werden.

Zur Unterstützung der einzelnen Einrichtungen ist es daher wichtig, entsprechende Kompetenzen im Referat für Bildung und Sport aufzubauen. Im Referat selbst soll die grundlegende Konzeptarbeit und Materialauswahl erfolgen, Fachwissen an die Einrichtungen vermittelt und Ansprech- und Kooperationspartner*innen benannt werden. Dies kann in Zusammenarbeit mit in diesem Feld bereits tätigen Trägern erfolgen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative:

Marion Lüttig

Anja Berger

Beppo Brehm

Dr. Hannah Gerstenkorn

Dominik Krause

Thomas Niederbühl

Florian Schönemann

Mitglieder des Stadtrates

SPD-Volt-Fraktion

Initiative:

Micky Wenngatz

Barbara Likus

Cumali Naz

Lena Odell

Julia Schönfeld-Knor

Felix Sproll

Christian Vorländer

München, den 24.11.2020

**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

Bericht zum 3. Geschlechtseintrag in der Landeshauptstadt München

Antrag

Die Stadtverwaltung legt einen Bericht über die gesamtstädtische Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zum 3. Geschlechtseintrag im Hoheitsbereich der Stadt München (also z.B. auch städtische Gesellschaften) vor. Hierzu wird dargestellt,

- wie die Auswahlmöglichkeiten bzw. Bezeichnungen z.B. in Formularen, Stellenausschreibungen etc. geändert worden sind bzw. wie die Umsetzung geplant ist,
- wie die Umsetzung im IT-Wesen (zentral und dezentral) vorgenommen wurde bzw. wie diese Umsetzung geplant ist.
- ob und ggf. welche weiteren Änderungen erforderlich sind und wie diese umgesetzt werden (z.B. Ausstattung mit geschlechtsneutralen Toiletten usw.)

Wichtig ist hier, dass nicht nur die 3. Geschlechtsauswahl („divers“) möglich ist sondern auch die vierte Möglichkeit („keine Angabe“) vorgesehen ist, um eine diskriminierungsfreie Behandlung aller geschlechtlicher Identitäten zu ermöglichen. Im Fokus stehen hier alle Ämter und Referate sowie die Tochtergesellschaften.

Begründung:

Am 10. Oktober 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die im Personenstandsrecht vorgesehene Differenzierung, die lediglich zwei positive Geschlechtseinträge vorsah („weiblich“ oder „männlich“), nicht verfassungskonform sei.

Mit Wirkung zum 22.12.2018 verabschiedete der Bundestag daraufhin das „Gesetz zur Änderung der im Geburtenregister einzutragenden Angaben“, das nun sowohl die dritte positive Eintragung „divers“ wie auch die vierte Möglichkeit „keine Angabe“ ermöglicht.

Mittlerweile – drei Jahre später – sollte dieses Gesetz eigentlich umfassend umgesetzt und diese Optionen überall aufgeführt sein. Es gibt aber sicherlich noch Bereiche innerhalb der Stadtverwaltung und der Tochtergesellschaften, in denen die Umsetzung noch nicht vollends vollzogen wurde. Die hier zu erstellende Übersicht kann auch der gegenseitigen Unterstützung dienen, in dem Best-Practice Beispiele als Anregung oder Blaupause genutzt werden können.

Fraktion Die Grünen-Rosa Liste

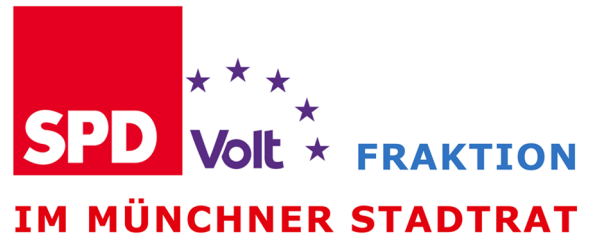
Initiative:

Marion Lüttig
Thomas Niederbühl
Beppo Brem

Mitglieder des Stadtrates

SPD/Volt Fraktion

Micky Wenngatz
Christian Vorländer



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

19.11.2020

House of Food: Konzeptentwicklung durch Bio-Stadt München

Antrag:

Das Bio-Stadt-München-Team (UVO11) des Referats für Gesundheit und Umwelt beginnt mit der Konzeptentwicklung für ein Ernährungshaus – angelehnt an das „House of Food“ in Kopenhagen und die Kantine Zukunft in Berlin. Aufgabe dieser Einrichtung wird es sein, durch individuelle Beratung, Workshops und Fortbildungen alle Münchner Küchen zu unterstützen, auf ökologische Lebensmittel und klimafreundliches Essen umzustellen. Dazu gehören insbesondere die Kantinen und Caterer der Landeshauptstadt sowie die, aller städtischen Gesellschaften. Diese sollen zu mind. 90% auf Bio-Lebensmittel umstellen - und das mit möglichst geringen Mehrkosten oder gänzlich kostenneutral.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Bündnisse, wie das Bündnis Artgerecht und der Münchner Ernährungsrat, sollen in die Konzeptentwicklung inhaltlich eingebunden werden. Teile der Konzepterstellung können auch extern vergeben werden.

Die bereits bestehenden Beratungstätigkeiten des Biostadt-München-Teams sollen parallel fortgeführt und intensiviert werden.

Das Gesamtbudget beträgt 200.000 €.

Begründung:

Ein House of Food (HoF) fungiert als Beratungszentrum, Drehscheibe und Modellprojekt zwischen regionalen, ökologischen Erzeuger*innen und öffentlichen Kantinen, (Groß-)küchen und Caterern. Ziel ist es, den Einsatz von mindestens 90 Prozent Bio-Lebensmitteln in sämtlichen Sparten zu erreichen, regionale und lokale Erzeugung zu fördern und den pflanzlichen Ernährungsanteil signifikant zu steigern.

Eine Transformation im Ernährungsbereich zu mehr Bioprodukten kann wie folgt umgesetzt werden:

1. Traditionelle Produkte werden durch Bio-Produkte ersetzt - ohne die Speisepläne zu ändern: Das Essen, die Rezepte und die Ernährungszusammensetzung bleiben gleich, es ist nur biologisch. Dieser Prozess verursacht zusätzliche Kosten von ca. 35%.

oder

2. Der Verbrauch und die Produktion in der Küche werden geändert: Dieser Prozess zieht vor allem eine Veränderung der Ernährungszusammensetzung nach sich. Auf diese Weise wird ein ausgewogener Plan mit saisonalen Produkten mit bis zu 100% Bio-Produkten hergestellt, mit möglichst geringem (Kosten-)aufwand.

Das Münchner House of Food soll diese Veränderungsprozesse auf allen Ebenen unterstützen und eine nachhaltige Ausrichtung sämtliche Bereiche der Küchen forcieren: Fortbildungen zu ökologischer, gesunder Ernährung für Senior*innen sollen angeboten, neue Ernährungskonzepte für Kinder und Jugendliche sollen entwickelt werden. Aber auch eine gründliche Untersuchung des Abfallinventars, eine Analyse von Budget und Wirtschaftlichkeit oder ein stufenweiser Einführungsplan zur Verwendung saisonaler Produkte sollen unter anderem Angebote des HoFs sein.

München ist auf dem Weg zur Bio-Stadt. Doch nach den bereits erfolgten Beschlüssen für Kitas und Schulen, dem Projekt „Bio für Kids“, dem Ernährungsbildungskonzept, den Bioangeboten in Kantinen und bei Empfängen, muss jetzt der nächste, große Schritt folgen. Denn eine biologische Verpflegung ist ohne größere Mehrkosten in allen öffentlichen Einrichtungen möglich. Das hat das Projekt „Bio für Kids“ bereits gezeigt. Kopenhagen und Berlin machen vor, dass es gehen kann. München will diesem Beispiel folgen.

Initiative:

Die GRÜNEN/Rosa Liste

Mona Fuchs

Dominik Krause

Dr. Florian Roth

Judith Greif

Clara Nitsche

Julia Post

SPD/Volt

Anna Hübner

Lars Mentrup

Dr. Julia Schmitt-Thiel

Andreas Schuster

Felix Sproll

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



24.11.2020

IT-Sicherheit priorisieren

Das IT-Referat wird gebeten, kurzfristig ein Umsetzungskonzept zu entwickeln, wie die städtische IT-Sicherheit und das Sicherheitskonzept auf die geänderte Arbeitsrealität mit tausenden Home-Office Arbeitsplätzen und einem steigenden Risiko von Attacken auf die städtischen IT-Systeme angepasst werden muss. Hierbei ist auch der Einsatz von Endpoint Protection Systemen zu betrachten.

Weiterhin ist darzulegen, welche Bereiche (Risikomanagement, IT-Sicherheit) weiterentwickelt werden müssen und welches Budget zur Verfügung gestellt werden muss, um die Landeshauptstadt effektiv vor Cyberattacken zu schützen.

Begründung

Die städtische IT ist bereits mehrfach Ziel von Cyberattacken geworden. Das geänderte Arbeitsverhalten durch Corona führt zur Notwendigkeit eines höheren/ geänderten IT-Sicherheitsstandards im städtischen Bereich.

Um zukünftigen Attacken Stand zu halten und massiven Schäden in Millionenhöhe vorzubeugen ist ein kurzfristiger Mitteleinsatz für die Ausweitung der IT-Sicherheit unvermeidbar.

Sabine Bär (Initiative)

Stadträtin

Thomas Schmid

Stadtrat

Hans Hammer

Stadtrat

Leo Agerer

Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



24.11.2020

Lieferverkehr in der Fraunhoferstraße – Entlastung durch Freigabe des Radwegs

Das absolute Halteverbot auf Radwegen wird für Anlieferungen in der Fraunhoferstraßen innerhalb bestimmte Zeitfenster aufgehoben. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung evaluiert gemeinsam mit dem Mobilitätsreferat hierfür geeignete Zeiträume mit möglichst geringer Auslastung der betroffenen Radwegabschnitte.

Begründung

Seit der Umgestaltung der Fraunhoferstraße besteht eine Rechtsunsicherheit hinsichtlich des parkenden Lieferverkehrs. Nach strenger Auslegung des geltenden absoluten Halteverbots auf Radwegen besteht bisher nur die Möglichkeit die reguläre Fahrspur zum Zwecke der Anlieferung zu blockieren. Dies sorgt nicht nur für Stauungen, sondern verleitet zu gefährlichen Überhol- bzw. Ausweichmanövern über die Gegenspur, welche es zukünftig zwingend zu vermeiden gilt. Eine Freigabe der Radwege für den Lieferverkehr könnte hier Abhilfe schaffen und den Verkehrsfluss sicherstellen. Wichtig ist jedoch, dass die Aufhebung des absoluten Halteverbots auf Radwegen nur für bestimmte Zeitfenster gilt, um den Radverkehr möglichst wenig einzuschränken oder Radfahrer zu gefährden. Vorstellbar wäre beispielsweise ein Zeitfenster zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr, in welchem der Radverkehr ausreichend ruht.

Hans Hammer (Initiative)
Stadtrat

Prof. Dr. Hans Theiss
Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



24.11.2020

Studie: Wie breit sollen Radwege sein? – Wissenschaftliche Erkenntnis statt Bauchgefühl

Die Stadtverwaltung beauftragt die Technische Universität München mit der Erhebung einer Studie zur optimalen Breite von Radwegen in verschiedenen verkehrlichen Situationen. Insbesondere soll die optimale Radwegbreite in folgenden Szenarien untersucht werden:

- Einrichtungsfahrradwege bei einspuriger Verkehrsführung;
- Einrichtungsfahrradwege in Grünanlagen, welche durch Grünstreifen oder Bäume geschützt werden;
- Zweirichtungsfahrradwege bei Verkehrsführung mit Gegenverkehr;
- Zweirichtungsfahrradwege in Grünanlagen, welche durch Grünstreifen oder Bäume geschützt werden

Weiterhin soll die notwendige Radwegbreite bei einer Geschwindigkeitsreduzierung des PKW-Verkehrs auf 30 km/h untersucht werden.

Begründung

Im Rahmen der Debatte um die fahrradfreundliche Umgestaltung der Stadt und die Evaluation der Pop-Up-Radwege wurde mehrfach die notwendige Spurbreite für Fahrradwege diskutiert. Da diese unfraglich an die jeweilige verkehrliche Situation angepasst werden muss, braucht es zwingend eine wissenschaftliche Untersuchung zur Optimierung der Sicherheit und des Verbrauchs knapper Verkehrsflächen.

Hans Hammer
Stadtrat



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24.11.2020

Antrag:

**„Sicherer Hafen“ für Frauen in München –
Gemeinsam mit Clubs und Bars gegen Gewalt an Frauen**

Die Landeshauptstadt München erstellt gemeinsam mit interessierten Club- und Barbetreibern ein ganzjähriges Konzept, wie Frauen vor (sexueller) Belästigung und Gewalt geschützt werden können.

Ziel soll es sein, die Bevölkerung weiter zu sensibilisieren und allen das nötige Handlungswerkzeug mitzugeben, gegen jede Form von Gewalt vorgehen zu können. Dies soll angestrebt werden, indem

- das (Sicherheits-) Personal in Clubs speziell geschult wird, um sexualisierte Gewalt zu erkennen und zu verhindern
- auf allen Toiletten (nicht nur auf Damentoiletten!) Informationsflyer ausgelegt werden
- auf sexistische Werbung verzichtet wird
- alle Bar- und Clubräume auf ihre Sicherheit, beispielsweise bezüglich des Lichtkonzepts überprüft werden.

Clubs und Bars, die sich an der Kampagne beteiligen sollen durch ein Logo als „sicherer Hafen“ gekennzeichnet werden.

Begründung:

Gewalt gegen Frauen ist noch immer ein gesamtgesellschaftliches Problem. Etwa 40 Prozent aller Frauen erfahren mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt. Auf München gerechnet, bedeutet das, dass ca. 300 000 Münchnerinnen Opfer von Gewalt werden bzw. bereits geworden sind.

Aufklärungskampagnen, die sich nicht nur auf die Zeit des Oktoberfestes fokussieren, sind daher nach wie vor von größter Bedeutung. Dabei soll die Stadt auch die Club- und Barszene ins Boot holen und die Zeit der Corona-bedingten Schließungen produktiv nutzen. Entscheidend ist es nämlich, dass alle Verantwortlichen auch ganz konkrete Handlungsempfehlungen haben, wie Vorfälle von Gewalt verhindert werden können oder zumindest im Notfall schnell reagiert werden kann.

Initiative:

Rudolf Schabl
Sozialpolitischer Sprecher
Stadtrat

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 24. November 2020

Antrag:

**Golfplatz Hinterbrühl / Thalkirchen in das FFH-Gebiet Oberes Isartal einbeziehen –
Pachtvertrag mit dem Münchner Golfclub (MGC) zum 31.12.2024 beenden!**

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Pachtvertrag mit dem Münchner Golfclub (MGC) endet unwiderruflich mit Ablauf des aktuellen Vertrags zum 31.12.2024. Die Stadtverwaltung wird angewiesen, diesen Beschluss umzusetzen und keine Verlängerung des Pachtvertrages vorzubereiten.
- 2) Nach Beendigung des Pachtvertrages wird das 140.000 qm große Areal in das Landschaftsschutzgebiet Oberes Isartal einbezogen und entsprechend den Grundsätzen der EU-Biodiversitätsstrategie als wertvoller Natur- und Erholungsraum aufgewertet. Grundlage dafür kann ein Konzept der Unteren Naturschutzbehörde im Planungsreferat sein, das bereits 1992 entwickelt wurde.
- 3) Der Wasserrechtsbescheid vom 10.07.1907 samt der Kompensationsauflage Nr. 48, der die ausschließliche Rechtsgrundlage für die Stromerzeugung in den Isarwerken I und II durch die Stadtwerke München ist, wird unverzüglich veröffentlicht. Falls diese Dokumente im Stadtarchiv nicht mehr vorhanden sind, wird dazu auf das Archiv der Stadtwerke München zurückgegriffen.
- 4) Die Stadtverwaltung stellt dar, auf welcher Grundlage (Stadtratsbeschluss, Anordnung des OB, andere Grundlage?) der Pachtvertrag bis zum 31.12.2024, also um ein Vierteljahrhundert, verlängert wurde.

Begründung

Der Wasserrechtsbescheid vom 10. Juli 1907 ist seither die einzige Rechtsgrundlage für die Stromerzeugung in den Isarwerken I und II. In der Kompensationsauflage Nr. 48 war bereits damals gefordert worden, „ihre in der Nähe des Isarufers gelegenen, schon im Stadtbesitz befindlichen Flächen ... als Park anzulegen und der öffentlichen Nutzung zu übergeben.“
Anfang des 20. Jahrhunderts wurde dann auch der Hinterbrühler Park angelegt. Trotz dieser eindeutigen Festlegung wurde im Herbst 1950 ein großer Teil dieses Parks an den Münchner Golfclub

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

verpachtet, womit er der öffentlichen Nutzung rechtswidrig entzogen wurde.

Trotz verschiedener Stadtratsanträge in den folgenden Jahrzehnten wurde der Pachtvertrag immer wieder verlängert. Die Vollversammlung vom 15.07.1992 hatte zuletzt hierzu beschlossen, den Pachtvertrag längstens bis zum 31.12.1999 zu verlängern. Wie es darüber hinaus zu der aktuellen Verlängerung um 25 Jahre bis zum 31.12.2024 kam, ist ungeklärt.

Auch jetzt gibt es bereits Initiativen, den Pachtvertrag erneut zu verlängern, in der Diskussion ist 2030 oder noch länger. Damit würde der rechtswidrige Zustand auf Jahre hinaus verlängert.

Angesichts der weiter wachsenden Stadt werden öffentlich zugängliche und nutzbare Naherholungsflächen immer wichtiger. Gerade jetzt in der Corona-Pandemie zeigen die veränderten Lebensumstände im stadtnahen Raum, wie wichtig die Rückgewinnung des Golfplatzareals als Natur- und Erholungsraum für die Allgemeinheit ist. Mit einem Zuwachs einer Grün- und Freifläche von 14 ha könnten die wichtigen stadtnahen Naherholungsflächen für alle Münchner*innen signifikant gestärkt werden.

Mit diesem Beschluss soll allen Beteiligten klar werden, dass die Nutzung als Golfplatz zum 31.12.2024 zu beenden ist. Der Münchner Golfclub verfügt in Straßlach über ein weiteres Golfplatzareal, wird dadurch also in seinem Bestand nicht gefährdet.

Im September 2020 hatten wir einen analogen Antrag zurückgezogen, da wir noch einige Fragen intern klären wollten. Dies ist mittlerweile geschehen, deshalb bringen wir unser Anliegen erneut ein.

Initiative:

Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:

Stadträtin Marie Burneleit

Stadtrat Stefan Jagel

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 24. November 2020

**Portalgesellschaft München legt Berufung gegen muen-
chen.de-Urteil ein: „Unser Standort-Marketing konkur-
riert nicht mit Lokalmedien“**

Pressemitteilung muenchen.de – Das offizielle Stadtportal

muenchen.de Pressemitteilung

Portalgesellschaft München legt Berufung gegen muenchen.de-Urteil ein: „Unser Standort-Marketing konkurriert nicht mit Lokalmedien“

München, 24. November 2020 – Die Portal München Betriebs-GmbH & Co. KG hat heute Berufung gegen das Urteil des Landgerichts München I vom 17.11.2020 eingelegt. Das Landgericht hatte ihr verboten, das Stadtportal muenchen.de so zu verbreiten, wie das in der Zeit zwischen dem 16.8. und 19.8.2019 geschehen ist. Geklagt hatten Münchner Zeitungsverlage. Gesellschafter des Stadtportals sind die Landeshauptstadt und die Stadtwerke München. Mit der Berufung wird sich nunmehr das Oberlandesgericht München befassen.

„Ein attraktives Stadtportal ist ein wichtiges Instrument für ein erfolgreiches, professionelles Standort-Marketing. Das Stadtportal muenchen.de ist die Visitenkarte der Weltstadt München. Das zeigen auch die Zugriffe auf unsere Webseite, die zu einem wesentlichen Teil gar nicht aus München kommen“, begründet muenchen.de-Geschäftsführer Lajos Csery die Entscheidung, Berufung einzulegen.

Das Landgericht hatte in erster Instanz Artikel über Veranstaltungen, Sehenswürdigkeiten oder Einkaufsmöglichkeiten beanstandet und darin einen unzulässigen Eingriff in die Pressefreiheit gesehen. Es sei, so das Landgericht, „nicht mehr erkennbar, dass das Stadtportal eine staatliche Publikation darstellt“. muenchen.de biete „den Lesern eine Fülle von Informationen“ und mache damit den Erwerb einer Zeitung oder Zeitschrift entbehrlich.

muenchen.de sieht sich hingegen keineswegs als Ersatz der Lokalpresse. „muenchen.de konkurriert nicht mit Lokalzeitungen und deren Internetangeboten. Unser Stadtportal ist eine Online-Image-Broschüre, die für Münchner und Pendler, aber vor allem auch für Touristen, Geschäftsreisende, Unternehmen oder Künstler ein spannendes und modern aufgemachtes Informationsangebot bereithalten muss“, stellt Lajos Csery klar. „Gerade der Tourismus gehört zu den wesentlichen Wirtschaftsfaktoren unserer Stadt. Wir müssen unsere Stadt den Menschen umfassend präsentieren, wenn wir uns gegenüber anderen internationalen Metropolen erfolgreich behaupten wollen. Die Webseite muss Lust auf München machen. Das gelingt uns nur mit informativen Inhalten, die ansprechend gestaltet sind. Fotos, Überschriften und lesbare Texte auf einer Webseite zu veröffentlichen, muss auch einem Unternehmen in öffentlicher Hand erlaubt sein – es ist Standard im Internet.“

Ein weiteres Verfahren zu einem Stadtportal wird derzeit vor dem OLG Hamm geführt. Dort geht es um das Stadtportal dortmund.de. Das Oberlandesgericht Hamm (Az. I-4 U I/20) sieht die Rechtslage offen-

presse@portalmuenchen.de Portal München
www.muenchen.de Betriebs-GmbH & Co. KG

Fraunhoferstr. 6
80469 München

Telefon: +49 (89) 230018 – 0
Telefax: +49 (89) 230018 – 111

bar ganz anders als das Landgericht München I. Das ergibt sich aus einem Hinweis des Gerichts vom 12.11.2020 an die Parteien des dortigen Verfahrens. Dort heißt es unter anderem: „Auch wenn redaktionelle Elemente der meinungsbildenden Presse (z. B. Interviews) Verwendung gefunden haben, ist das Stadtportal nach dem derzeitigen Sach- und Streitstand insgesamt als gemeindliche Publikation erkennbar, die zu einem geringen Teil in unzulässiger Weise auch über nicht gemeindliche Themen berichtet.“

Kontakt:

Portal München Betriebs-GmbH & Co. KG

Nicole Schwarz

Fraunhoferstraße 6

80469 München

E-Mail: presse@portalmuenchen.de | Tel.: 089 / 23 00 18 – 221